Verordnung Entwurf
**über die elektronische Übermittlung
im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens**

vom

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf die Artikel 11b Absatz 2, 21a Absatz 1 und 34 Absatz 1^{bis} des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren¹ (VwVG) sowie auf die Schlussbestimmung zur Änderung vom 17. Juni 2005 des VwVG, *verordnet:*

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand und Geltungsbereich

¹ Diese Verordnung regelt die Modalitäten des elektronischen Verkehrs zwischen einer Partei und einer Verwaltungsbehörde des Bundes im Rahmen von Verfahren, auf die das VwVG Anwendung findet.

² Sie ist anwendbar auf die Übermittlung von:

- a. Eingaben, die im Hinblick auf den Erlass einer Verfügung im Sinne von Artikel 5 VwVG erfolgen;
- b. Verfügungen im Sinne von Artikel 5 VwVG.

Art. 2 Anerkannte Plattformen für die sichere Zustellung

¹ Plattformen für die sichere Zustellung (Zustellplattform) können anerkannt werden, wenn sie:

- a. die Vorgaben von Artikel 8 des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 2003² über die elektronische Signatur (ZertES) bezüglich Identifikation der sich registrierenden Personen einhalten;
- b. für Identifikation, Signatur und Verschlüsselung Schlüsselpaare einsetzen, die auf Zertifikaten einer anerkannten Anbieterin von Zertifizierungsdiensten gemäss ZertES (anerkannte Anbieterin) basieren;
- c. unverzüglich eine Quittung ausstellen mit dem Zeitpunkt des Eingangs einer Eingabe auf der Zustellplattform und mit einer Signatur, die auf einem Zertifikat einer anerkannten Anbieterin basiert;

AS ...

¹ SR 172.021

² SR 943.03

- d. das Routing mit den andern anerkannten Zustellplattformen sicherstellen; und
- e. dem Stand der Technik entsprechen gemäss dem Protokoll "OSCI-Transport" oder einem damit kompatiblen Protokoll.

² Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) entscheidet über Anerkennungs-gesuche. Es kann die Einzelheiten des Anerkennungsverfahrens regeln und insbesondere bestimmen, welche Angaben mit dem Gesuch einzureichen sind.

³ Es kann die Anerkennung entziehen, wenn es von Amtes wegen oder auf Anzeige hin feststellt, dass die Bedingungen nach Absatz 1 nicht mehr erfüllt sind.

⁴ Die Entscheidgebühr wird nach Zeitaufwand berechnet; der Stundenansatz beträgt 100 Franken. Im Übrigen sind die Bestimmungen der Allgemeinen Gebührenverordnung vom 8. September 2004³ anwendbar.

⁵ Das EFD kann mittels Vertrag einer Zustellplattform den Betrieb des Routing-Knotens zwischen den anerkannten Zustellplattformen übertragen.

2. Abschnitt: Zustellung von Eingaben an eine Behörde

Art. 3 Zulässigkeit

Eingaben können einer Verwaltungsbehörde des Bundes elektronisch übermittelt werden, wenn:

- a. diese Behörde im Verzeichnis der Behörden, welche die elektronische Übermittlung zulassen (Verzeichnis), aufgeführt ist; und
- b. gemäss dem Verzeichnis die Behörde die elektronische Übermittlung im betreffenden Verfahren für zulässig erklärt hat.

Art. 4 Verzeichnis

¹ Die Bundeskanzlei veröffentlicht im Internet ein Verzeichnis der Verwaltungsbehörden des Bundes, mit denen elektronisch verkehrt werden kann.

² Das Verzeichnis führt auf:

- a. die Verwaltungsbehörden des Bundes, die den schriftlichen elektronischen Verkehr zulassen;
- b. die Internetadresse der Behörde;
- c. ob die Behörde den elektronischen Verkehr für alle oder nur für bestimmte Verwaltungsverfahren zulässt (Positiv- oder Negativliste);
- d. die von der Behörde zugelassenen Kommunikationskanäle, wie Zustellplattform, Internetseite für die Online-Eingabe oder normales E-Mail;
- e. die für die Übermittlung zugelassenen Datenformate;

³ SR 172.041.1

- f. die Adresse der Zertifikate, die für die Verschlüsselung von Eingaben an die Behörde zu verwenden sind beziehungsweise von ihr für die Signatur beim Versand eingesetzt werden.

³ Die Aufnahme in das Verzeichnis erfolgt auf Gesuch der betroffenen Behörde. Jede Änderung der Angaben bedarf ihrer Zustimmung.

Art. 5 Format

¹ Die Parteien übermitteln ihre Eingaben einschliesslich der Beilagen im Format, welches für den verwendeten Kommunikationskanal im Verzeichnis zugelassen ist.

² Kann die Behörde die Eingabe oder die Beilagen nicht lesen, so räumt sie der Partei eine kurze Frist ein, um:

- a. die Eingabe oder die Beilagen noch einmal in dem von der Behörde festgelegten Format zu senden; oder
- b. die ganze Eingabe oder einen Teil davon auszudrucken und nach den Regeln von Artikel 21 VwVG einzureichen.

³ Die Behörde sorgt dafür, dass Personendaten bei den zugelassenen Kommunikationskanälen während der Übermittlung in geeigneter Weise geschützt sind. Die über eine Zustellplattform oder normales E-Mail übermittelte Sendung ist mit dem im Verzeichnis angegebenen öffentlichen Chiffrierschlüssel der Behörde zu verschlüsseln.

⁴ Die besonderen Bestimmungen des Institutes für Geistiges Eigentum bezüglich Kommunikation mit dem Institut bleiben vorbehalten.

Art. 6 Signatur

¹ Als anerkannte elektronische Signatur im Sinne von Artikel 21a Absatz 2 VwVG gilt eine qualifizierte elektronische Signatur, die auf einem qualifizierten Zertifikat einer anerkannten Anbieterin beruht.

² Auf das Erfordernis einer anerkannten elektronischen Signatur im Sinne von Artikel 21a Absatz 2 VwVG wird verzichtet, wenn die Identifizierung der Absenderin oder des Absenders und die Integrität der Übermittlung in geeigneter Weise sichergestellt sind. Ausgenommen bleiben die Fälle, in denen das Bundesrecht das Unterschreiben eines Dokumentes vorschreibt.

³ Fehlt eine erforderliche anerkannte elektronische Signatur, so kann die Behörde der eingehenden Person eine Frist zur Korrektur einräumen. Die eingehende Person kann die Eingabe zusammen mit einer anerkannten Signatur wiederholen oder nach den Regeln von Artikel 21 VwVG mit handschriftlicher Unterschrift einreichen.

Art. 7 Zertifikat

Das qualifizierte Zertifikat mit dem Signaturschlüssel muss der Sendung beigelegt werden, wenn es nicht im Verzeichnis der Anbieterin der Zertifizierungsdienste aufgeführt oder auf der von der Behörde verwendeten Zustellplattform zugänglich ist.

3. Abschnitt: Eröffnung von Verfügungen

Art. 8 Zustimmungsvoraussetzung

¹ Die Behörde kann einer Partei eine Verfügung auf elektronischem Weg eröffnen, wenn die Partei schriftlich dieser Art der Mitteilung im Rahmen des konkreten Verfahrens ausdrücklich zugestimmt hat.

² Eine Person, die regelmässig Partei in einem Verfahren vor einer bestimmten Behörde ist oder regelmässig Parteien vor dieser Behörde vertritt, kann dieser Behörde schriftlich mitteilen, dass ihr alle Verfügungen auf elektronischem Weg zu eröffnen sind.

³ Die Zustimmung zur Eröffnung auf elektronischem Weg kann jederzeit bei dieser Behörde schriftlich widerrufen werden.

⁴ Weder Zustimmung noch Widerruf müssen unterschrieben sein.

Art. 9 Modalitäten

¹ Der Versand erfolgt über eine anerkannte Zustellplattform. Die Behörde kann auch eine andere Übermittlungsart verwenden, wenn diese in geeigneter Weise erlaubt, die Adressatin oder den Adressaten eindeutig zu identifizieren, den Zeitpunkt der Zustellung eindeutig festzustellen und die Verfügung bis zur Zustellung in verschlüsselter Form zu übermitteln.

² Die Verfügungen und die Beilagen werden im Format PDF/A übermittelt.

³ Die Verfügungen werden mit einer qualifizierten Signatur versehen, welche auf einem qualifizierten Zertifikat einer anerkannten Anbieterin basiert. Beim Versand von Massenverfügungen, die nicht einzeln von einer Vertretung der Behörde unterzeichnet werden können, dürfen Verfügungen und Beilagen mit einer Signatur signiert werden, die von einer anerkannten Anbieterin herausgegeben wurde und mit Mitteln erzeugt wurden, die die Inhaberin unter ihrer alleinigen Kontrolle halten kann.

Art. 10 Zeitpunkt der Zustellung

Wenn die Behörde den Versand der Adressatin oder dem Adressaten in einem elektronischen Postfach zur Verfügung stellt, gilt der Zeitpunkt des Herunterladens als Zeitpunkt der Zustellung.

4. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Art. 11 Übergangsbestimmung

Während eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Verordnung gilt die Zustellplattform Incaemail der Schweizerischen Post als anerkannt im Sinne von Artikel 2.

Art. 12 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. September 2007 in Kraft und gilt bis am 31. Dezember 2016.